

Wechselhafter Halbmond

Reihe
Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgegeben von

Pia Bungarten, Dieter Dowe, Ernst J. Kerbusch
und Uwe Optenhögel

Hans Schumacher

Wechselhafter Halbmond

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung
in der Türkei

Mit einem Vorwort von
Christiane Schlötzer

Reihe

Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 8



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb/db.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0428-0

© 2012 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat: Dr. Heiner Lindner

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg
Druck und Verarbeitung: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten (Allgäu)

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2012

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Christiane Schlötzer	11
--	----

Hans Schumacher

Wechselhafter Halbmond

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei

Notwendige Vorbemerkung	19
1 Schwieriger Beginn – die Jahre zwischen 1977 und 1983	21
1.1 Delegationen, Reisen und erste Aktivitäten	24
1.2 Pläne und Wünsche der Republikanischen Volkspartei (CHP)	26
1.3 Besuch in Ankara und erste Konturen eines Türkeiprojekts	27
1.4 Gegenbesuch des CHP-Generalsekretärs Üstündağ	29
1.5 Vertrag mit der CHP	30
1.6 Erkundungsreise nach Anatolien	31
1.7 Ankara verfällt in Schweigen	34
1.8 Ein weiterer Versuch	35
1.9 Der Putsch vom 12. September 1980 und seine Folgen	37
1.9.1 Entpolitisierung des Projektes	40
1.9.2 Zweite Erkundungsreise	41
1.10 Türkeireise des Stiftungsvorsitzenden Heinz Kühn	43
2 Exkurs – Staat und Religion	45
3 Langsame Zivilisierung – die Jahre bis 1987	46
3.1 Wiedererwachen der Sozialdemokratie	48
3.2 Wiederannäherung	49
3.3 Partnerwahl	52
3.4 Rahmenbedingungen und Möglichkeiten	53
3.5 Repolitisierung des Projekts	58
3.6 Die Etablierung eines FES-Büros rückt näher	60
4 Neue Projektkonzeption	62
4.1 Projekterweiterung und politische Interessen	64
4.2 Zusammenarbeit mit der SHP – aber wie?	66
5 Wirtschaftliche Probleme der Türkei	67
6 Kogru – Koordinierungsgruppe Türkei	68

7	Die SPD-Bundesgeschäftsführerin in der Türkei	72
8	Krisen in der Gesellschaft und in den Parteien	75
9	Exkurs – Internationale Beziehungen und Regionalpolitik	79
	9.1 Konzentration auf das regionale Umfeld	79
	9.2 »Keine anderen Absichten als Brüderlichkeit«	81
10	Machtwechsel in Ankara	84
11	Weitere schwierige Jahre	88
12	Fortschritte bei der Annäherung an die EU – aber wirtschaftliche und soziale Stagnation	94
13	Die Parteien und Koalitionen ordnen sich neu	95
14	Der »Tiefe Staat«	99
15	Weitere Machtwechsel	99
16	Die Zusammenarbeit mit der CHP wird – zeitweilig – wiederbelebt . . .	103
17	FES-Partnerspektrum im Jahr 2000	105
18	Noch ein Jahr der Krisen	107
19	Exkurs – Menschenrechte und Demokratie	110
20	Nach 1999 mehr Freiheit für das FES-Projekt	113
21	Exkurs – Die Parteien im Parlament im Jahr 2000	115
	21.1 Entwicklungen in der MHP	115
	21.2 Entwicklungen in der AnaP	116
	21.3 Entwicklungen in der DSP	117
	21.4 Die Krise der Republikanischen Volkspartei (CHP)	117
22	Einige Erfolge, aber auch weitere Krisen	121
	22.1 Eine neue Wirtschaftspolitik	121
	22.2 Erfolge	122
	22.3 Regierungskorruption und Rechtsunsicherheit	125

23	Die Zypernfrage	127
24	Exkurs – Die Verfolgung	128
24.1	Verschwörungstheorien	128
24.2	Strafverfolgung	130
24.3	Die Vorgeschichte	131
24.3.1	Massenmedien schließen sich an	133
24.3.2	»Die deutschen Stiftungen und das Bergama-Dossier«	133
24.3.3	Prügel für Deutschland und die EU	137
24.4	Die nächste Ebene	138
24.5	Eine positive Entscheidung des türkischen Presserates	141
24.6	Polizeiliche Untersuchungen und andere Schikanen	143
24.6.1	Arbeiten ohne Arbeitserlaubnis	148
24.6.2	Gemeinsamer Brief an den deutschen Botschafter	149
24.7	Kurze Chronik der weiteren Verfolgung	151
24.7.1	Staatsanwaltliches Untersuchungsverfahren	154
24.7.2	Die Kampagne wird fortgesetzt	154
24.8	Der Prozess	156
24.8.1	Ein politischer Mord	158
24.8.2	Die Verhandlung	159
24.9	Die Probleme bestehen fort	162
24.10	Zweiter Verfolgungsversuch im Jahr 2011	166
25	Reformen und Stagnation 2002–2006	167
25.1	Der Aufstieg der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP)	167
25.2	Die AKP-Reformprojekte	171
25.3	AKP – Eine zweite Agenda?	173
25.3.1	Das Kopftuch	173
25.3.2	YÖK-Gesetz und Privatschulen	174
25.3.3	Der Ehebruchartikel	175
25.4	Eine zweite Agenda – vielleicht	176
25.5	Neoliberale Wirtschaftspolitik	180
25.6	Bildungspolitik mit Hintergrund	182
25.7	Die Reformpakete	182
25.8	Der Kampf um die Macht im Staat	184
25.9	Die Rolle des Militärs	185
25.10	AKP-Dominanz und Schritte in Richtung Europa	187
25.10.1	Das Projekt Europa der türkischen Regierung in den Jahren 2004 und 2005	188
25.10.2	Hindernis Zypernfrage	189

25.10.3	»Sieg über Europa«	192
25.10.4	Politik in der Türkei	194
26	Das Projektumfeld 2004	196
27	Exkurs – Reformen, Erfolge, Widerstände und die Realität	197
27.1	Rechtsreformen	197
27.2	Widerstände aus dem Staatsapparat	200
27.3	Deutsche und europäische Interessen	201
27.4	Zwei Besuche aus Deutschland	204
27.5	Die Position der Friedrich-Ebert-Stiftung	207
28	Exkurs – Der lange Weg der Türkei nach Europa	207
29	Kommunalwahlen und andere Realitäten	209
30	Exkurs – Krisenjahre der CHP und Hoffnung auf Erneuerung	211
31	Die Mühen der Ebene	216
31.1	Ein weiteres Krisenjahr	218
31.2	Der EU-Beitrittsprozess ist eine Schnecke geworden	218
32	Exkurs – Die AKP und die »wirklichen Eigentümer des Landes«	220
33	Exkurs – Die »Armenierfrage«	222
33.1	»Wir Türken sind zu solchen Dingen nicht fähig!« – Die türkische Gesellschaft und die Armenierfrage	222
33.2	Kampf gegen die Vergangenheit	223
33.3	Die Chance des Jahrestages wird vertan	224
33.4	Entspannungspolitik zwischen Armenien und der Türkei	226
34	Das Jahr der inneren Kämpfe	228
35	Das Partnerspektrum im Jahr 2007	230
36	Belastetes türkisch-deutsches Verhältnis	231
37	Im »Omnibus« AKP wird über das Fahrtziel diskutiert	233
38	Exkurs – Die »Kurdenfrage«: Ein interessanter Lösungsansatz wird torpediert	234

39	Fast Stillstand bei kosmetischen Reformen	236
40	Das Jahr der Verfassungsreform 2010	236
41	Exkurs – Frauen in der Türkei	239
41.1	Allgemeine Bedingungen	239
41.2	Das neue Zivilrecht	240
41.3	Fortsetzung der rechtlichen Emanzipation	241
41.3.1	Strafrechtsreform	241
41.3.2	Mord wegen verletzter Ehre	243
41.4	Die AKP-Regierung hat die Situation der Frauen verschlechtert	244
41.5	Die Frauenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei	245
41.6	Partnerorganisationen für die FES-Frauenarbeit	245
41.6.1	KA.DER	245
41.6.2	HomeNet	246
41.6.3	WINPEACE	249
41.6.4	Weitere Partnerorganisationen	251
42	Exkurs – Die Türkischen Gewerkschaften	251
42.1	Gewerkschaften in der Türkei haben es schwer	254
42.2	Nicht immer eine leichte Partnerschaft	257
42.3	Arbeitsgesetze gegen die Gewerkschaften	258
42.4	»Arbeiterfreundliche Regierung« in Ankara	260
42.5	Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte 2009	261
43	Exkurs – Die Wirtschaftspolitik der AKP-Regierung und die soziale Situation	262
44	Exkurs – Korruption und Wirtschaftskriminalität	264
45	Das Wahljahr 2011	265

Anhang

Abkürzungen	271
Personenregister	273
Über die Autorin und den Autor	277

Vorwort

»Wenn ich von Kultur spreche, dann denke ich nicht nur an die antike Kultur der Griechen oder die Renaissance, sondern an die Kulturen Asiens, Afrikas und Amerikas. Als Mann des Abendlandes bin ich stolz darauf, dass die abendländische Kultur zur Entwicklung der Kultur meines Landes beigetragen hat, aber umgekehrt bin ich ebenso stolz darauf, dass diese, wie die gesamte orientalische Kultur, das menschliche Erbe, hierin das des Abendlandes inbegriffen, bereichert hat.«

Nâzım Hikmet (1902–1963)

Der türkische Weltdichter Nâzım Hikmet verbrachte einen beträchtlichen Teil seines Lebens in türkischen Gefängnissen. Als »Vaterlandsverräter« außer Landes gejagt, starb er im Exil. Die Türkei ist eine schwierige Heimat, und sie ist kein einfaches Gastland, sie ist, wie es Hikmet so trefflich umschrieb, in vieler Hinsicht singulär, nicht Ost, nicht West. Ins politische Vokabular der heutigen Zeit übertragen kann man sagen: Die Türkei ist EU-Kandidat und zugleich Entwicklungs- und Schwellenland, und dies mit chinesischen Wachstumsraten. Das Land ist multikulti und nationalistisch, demokratisch und autoritär. Es ist ein einziger Widerspruch. Westlicher Wertekanon und anatolisches Erbe, alles existiert neben- und auch miteinander.

In diesem Umfeld mit einer deutschen politischen Stiftung tätig zu werden stellt eine besondere Herausforderung dar, zumal auch Deutschland und die Türkei ein von Spannungen selten freies Spezialverhältnis verbindet. Politische Stiftungen mit Parteinähe sind keine politischen Vertretungen, sie »agieren unterhalb der staatlichen Ebene im gesellschaftlichen Bereich«, wie Hans Schumacher schreibt. Sie brauchen Partner im Gastland, die zumindest in groben Zügen die eigenen politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen teilen.

In der Türkei fehlte der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) meist der passende politische Partner. Das türkische Parteienspektrum hat in den vergangenen 25 Jahren – das ist der Zeitraum, um den es hier geht – einen sehr dynamischen Wandel erlebt. Der Militärputsch von 1980 gehört zu den politischen Traumata der Türkei mit Langzeitwirkung, in der bleiernen Zeit nach dem Eingreifen der Generäle erstarrte das politische und gesellschaftliche Leben. Auch die jahrzehntelangen blutigen Auseinandersetzungen im mehrheitlich kurdischen Südosten des Landes haben unzählige Menschen und ihre Familien traumatisiert, ob sie nun als Soldaten dienten oder in der kurdischen PKK kämpften.

Verständlich, dass in einem solchen Umfeld die Anfänge der FES in der Türkei schwierig waren. Zunächst waren die türkischen Gesprächspartner der Stiftung offenbar nur an Aktivitäten für türkische Gastarbeiter in Deutschland interessiert. Demokratieförderung durch Bildungsarbeit im eigenen Land – das war nicht nur etwas weitgehend Unbekanntes, schon die Absicht, vorgetragen von Ausländern, erzeugte gehöriges Misstrauen.

In der Türkei gipfelte dies – nach Jahren der Tätigkeit der FES im Land – ab 2001 in einem bizarren Prozess vor einem Staatssicherheitsgericht gegen die deutschen politischen Stiftungen. Die Drangsalierung der Stiftungsvertreter in der Türkei ging so weit, dass der damalige Vorsitzende der FES, Holger Börner, an eine Beendigung der Arbeit des Istanbuler FES-Büros dachte. Börner schäumte: »Wenn man uns irgendwo nicht haben will, gehen wir einfach!« Börner konnte überzeugt werden, dass die Stiftung damit genau das tun würde, was die Provokateure wollten, die diesen Prozess gegen die deutschen Stiftungen in Gang gesetzt hatten: das Land von Europa isolieren, seine Chancen auf eine EU-Mitgliedschaft und damit auf mehr Demokratie und rechtsstaatliche Kontrolle zerstören.

So ausführlich, wie Hans Schumacher dies tut, wurde dieses dunkelste Kapitel in der nun ein Vierteljahrhundert währenden Tätigkeit der FES in der Türkei bisher noch nirgendwo geschildert. Schumacher lässt auch nicht unerwähnt, dass die FES über die lange Zeit vorherrschende »Sanftpfötigkeit« der deutschen und europäischen Diplomatie angesichts der Bedrängnisse in der Türkei enttäuscht war. Offenbar nahm man es in Berlin und Brüssel nicht wirklich ernst, was da fern in der Türkei vor sich ging. Die anderen deutschen politischen Stiftungen – die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung – erlitten übrigens das gleiche Schicksal, was für die erwähnten politischen Absichten spricht.

EU-Gegner hatten offensichtlich antieuropäische und besonders antideutsche Polemik als ein durchaus wirkungsvolles Mittel der Stimmungsmache entdeckt. Den Stiftungen wurden – kurz gesagt – antitürkische Motive unterstellt. Türkische Massenmedien bildeten zunächst einen erstaunlich unkritischer Resonanzboden für solch absurde Behauptungen.

Für die kruden Verschwörungstheorien verantwortlich war vor allem ein Buch von Necip Hablemitoğlu, eines wissenschaftlichen Mitarbeiters der Universität Ankara. Es diente als Beleg dafür, dass es sich bei den Vertretern der Stiftungen um Staatsfeinde handele, die nur einen Sinn hätten: den türkischen Staat zu destabilisieren. Ein wichtiges Element dieser destruktiven Tätigkeit seien deutsche Bemühungen, die Türkei daran zu hindern, beispielsweise ihre

Goldvorkommen im türkischen Bergama (historisch: Pergamon) auszubeuten, fantasierte Hablemitoğlu. In Bergama gab es zu jener Zeit tatsächlich bereits eine aktive örtliche Umweltbewegung, die sich gegen den von einer ausländischen Firma geplanten und staatlicherseits geförderten Goldabbau mit Zyanid wehrte. Der Autor vermischte dies alles zu einem unerträglichen politischen Gebräu. Die Stiftungsvertreter mussten sich peinlichen Verhören unterziehen, Polizisten durchstöberten mit großem Eifer die Büros und hatten es dabei besonders auf Namen und Adressen der türkischen Partner der Stiftungen, zum Beispiel aus Nichtregierungsorganisationen, abgesehen. Für diese war die schikanöse Prozedur ebenfalls eine beträchtliche Belastung.

Die Polizei nahm sich auch die Goethe-Institute in Istanbul und Izmir vor sowie das Orient-Institut in Istanbul. Alle diese Einrichtungen wurden zu einem imaginären deutschen »Tiefen Staat« gerechnet. Als »Tiefer Staat« gilt in der Türkei ein nicht genau definiertes Netzwerk von Geheimdienstleuten, Militärangehörigen sowie nationalistischen Persönlichkeiten und Politikern. Hablemitoğlu wurde später unter bis heute nicht geklärten Umständen in Ankara ermordet. Ob dabei der ominöse türkische »Tiefe Staat« seine Hand im Spiel hatte, darüber konnte reichlich spekuliert werden. An der Beerdigung des Mannes nahmen höchste türkische politische Würdenträger teil.

Hans Schumacher kommt zu dem Schluss, die deutschen Stiftungen seien »nur der geschlagene Sack« gewesen, gemeint gewesen seien die politischen und gesellschaftlichen Reformen auf dem Weg in die EU, die bestimmten Nationalisten in der Türkei nicht passten. Damit hat Schumacher gewiss recht. Als ein Oberstaatsanwalt die Stiftungsvertreter auch noch verhaften lassen wollte, näherte sich der Spuk seinem Ende. Bundespräsident Johannes Rau und Bundeskanzler Gerhard Schröder schalteten sich ein, Außenminister Joschka Fischer protestierte bei seinem Konterpart in Ankara. Dann wurde der Anklagevertreter versetzt, er war zuvor »zufällig« heimlich bei außerehelichen Aktivitäten gefilmt worden, und ein entsprechendes Video wurde verschiedenen Medien zugespielt. Der Mann war fortan Persona non grata. (Ganz ähnlich ging es einige Jahre später auch einem langjährigen Parteivorsitzenden, der seinen eigenen Leuten auch schon länger eine Last war.)

Am 31. März 2003 werden die Stiftungsvertreter wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. In der Türkei hat inzwischen auch die Regierung gewechselt, und der neue Premier Tayyip Erdoğan besucht in Berlin die Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese Geste sollte offenbar nicht nur der Stiftung neues Wohlwollen signalisieren, sie war auch an die breitere türkische Öffentlichkeit gerichtet.

Der Machtwechsel nach der Parlamentswahl im Jahr 2002 stellt für die Türkei einen großen Einschnitt dar. Die alten Parteien wurden für die tiefe Wirtschaftskrise von 2001 und die allgegenwärtige Korruption heftig abgestraft. Die neue Mehrheit bildet die erst im August 2001 gegründete »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung«, AKP, von Tayyip Erdoğan und Abdullah Gül, der später und nach reichlichen politischen Kämpfen Staatspräsident wird. Die AKP legt anfangs ein hohes Reformtempo vor, sie lässt politische Tabus im Wochenrhythmus bröckeln. Die konservative, islamisch grundierte AKP tut damit vieles, was deutsche Sozialdemokraten von ihren Partnerparteien in der Türkei erwartet hätten, von der »Republikanischen Volkspartei«, CHP, die ihre Wurzel auf Republikgründer Kemal Atatürk zurückführt, der die Zukunft für die Türkei im Westen sah und sein Land entsprechend ausrichten wollte.

Die AKP hat ihre Wurzeln im politischen Islam, ihre Kader und ihre Basis haben viele ideologische Häutungen erlebt, ausgelöst durch Parteienverbote und innere Kämpfe. Erdoğan und Gül haben sich von extremen Kräften getrennt, aber die AKP ist immer noch ein großer Omnibus, in dem auch Nationalisten und Islamisten ihren Platz finden. Damit ist sie in der Türkei tatsächlich Volkspartei, was der CHP und ihren Satelliten in der jüngeren Vergangenheit nicht gelungen ist. Hans Schumacher beschönigt auch die Schwierigkeiten nicht, die der FES mit einem solchen »sozialdemokratischen« Gegenpart in der Türkei entstanden sind. Besonders unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Deniz Baykal ist die CHP nicht nur frei von innerparteilicher Demokratie, sie mäandert auch auf seltsamen Wegen. Baykal proklamierte (nachzulesen in einem FES-Bericht vom Februar 2001), die CHP sollte in der türkischen Gesellschaft nicht mehr sozialdemokratische Positionen vertreten, sondern die Ideen einer »Anatolischen Linken«. Deren Ursprünge entdeckt der Vorsitzende mit Rückgriffen bis ins 13. Jahrhundert.

Die Jahresberichte der jeweiligen FES-Vertreter in der Türkei haben auch diese Kuriosität festgehalten. Sie sind auch im Nachhinein noch eine ergiebige Quelle für die hektischen Entwicklungen in einer turbulenten Zeit, die auch Schumacher als »Statthalter« in Istanbul persönlich miterlebte. Das Material, aus dem Schumacher für sein Buch auswählen konnte, war damit wohl sehr reichhaltig. Schon am Anfang weist er darauf hin, wie viel er weglassen musste, um das Werk nicht allzu umfangreich werden zu lassen.

Besonders genau beobachtet die FES die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes, und sie hat daher auch ein waches Auge auf die Gewerkschaften. Letzteres ist ebenfalls verdienstvoll, da die Arbeitnehmervertretungen

in Büchern über die Türkei und auch in den regelmäßigen Fortschrittsberichten der EU gewöhnlich eher wenig beleuchtet werden.

Die Gewerkschaften hatten es in der Türkei bislang auch nicht leicht. Der Gewerkschaftsbeitritt wurde lange Zeit durch strikte staatliche Reglementierung und durch den Widerstand der Arbeitgeber stark erschwert. Erst in jüngerer Zeit haben sich die Verhältnisse etwas gebessert. Ideologische Zersplitterung sorgt zudem für eine Schwächung der Arbeitnehmerorganisationen. Lange Zeit fiel der türkische Gewerkschaftsverband Türk-İş überdies durch stramme Anti-EU-Positionen auf. In seinem Schulungsmaterial für junge Funktionäre warnte Türk-İş noch 2002, Hauptziel der Europäischen Union sei es, die Türkei zu schwächen und schließlich zu spalten, um die Trümmer leichter ausbeuten zu können. Große Teile der europäischen Arbeiterklasse sähen das mit Wohlgefallen. Hier ist sie wieder, die alte türkische Angst vor der Teilung und Aufsplitterung des Landes, eine Angst, die historisch erklärbar ist und heute nicht selten für politisch-demagogische Zwecke genutzt wird.

Von »esoterischer Abgehobenheit« von Türk-İş spricht Schumacher und berichtet, die entsprechenden Vorstellungen fänden leider »überraschend weite Verbreitung«. Da wird ein Wissenschaftler zitiert, der für die Zuständigen bei Türk-İş herausgefunden haben will, dass die zwölf Sterne in der Europaflagge die zwölf Apostel darstellen. Inzwischen hätten sich die Dinge bei Türk-İş gebessert, schreibt Schumacher auch. Die Geschichte mit den »Aposteln« aber ist in der Türkei auch heute noch durchaus immer wieder einmal zu hören.

In einem solchen Klima tut Bildungsarbeit und Aufklärung bitter not, und immer wieder wird dies auch von den Verantwortlichen in Ankara anerkannt, was allerdings nicht unbedingt Folgen hat. Schumacher beschreibt die vielen Wendungen, die Höhen und Tiefen der Stiftungsarbeit in der Türkei teils in einem lakonischen Ton, was zu dem Auf und Ab nicht schlecht passt. Das betrifft, wie schon erwähnt, besonders das Schicksal der türkischen Sozialdemokraten und ihre Protagonisten: zum Beispiel Bülent Ecevit. Der Journalist und Dichter war viermal türkischer Ministerpräsident, ließ sich nach 1974 als Zypern-Eroberer feiern, wurde nach dem Putsch von 1980 mehrmals verhaftet. Zum Ende seiner politischen Karriere führte Ecevit nur noch eine Mini-Partei, in der allein er und seine Frau Raĥan das Sagen hatten. Die beiden verbreiteten reichlich Verschwörungstheorien und gaben sich eher nationalistisch als sozialistisch.

Oder der schon erwähnte Deniz Baykal, der die CHP, die traditionsreichste Partei der Türkei, bis Mai 2010 führte und eben auch mit einem Bettszenen-Video, das im Internet auftauchte, nach fast 20 Jahren im Amt gestürzt wurde.

Baykal trieb seine Kritiker aus der Partei oder zumindest zur Verzweiflung. Dazu gehörten auch Hoffnungsträger wie Kemal Derviş, der 2001 von Premier Ecevit von der Weltbank nach Ankara geholt wurde, um der Türkei in ihrer tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder auf die Beine zu helfen. Auch der alerte Derviş kam gegen Baykals Beharrungskraft nicht an.

Der CHP-Vorsitzende erstickte jeden Versuch einer programmatischen Diskussion in der Partei. So unterblieb die ideologische Neubesinnung, und die CHP fand keine politischen Antworten auf die rasanten Veränderungen in der Türkei und die politische Wendigkeit der AKP. Der strikte Kemalismus, wie ihn die CHP unter Baykal verfocht, machte aus diesen »Sozialdemokraten« eine Betonpartei, die sich in ihrer Fundamentalopposition »immer weiter ins politische Abseits manövriert«, wie der FES-Jahresbericht von 2004 festhält.

Auf ihr »Godesberg« wartet die CHP trotz mittlerweile neuem Vorsitzenden allerdings bis heute. Kemal Kılıçdaroğlu, der 2010 an die Spitze gewählt wurde, bemüht sich allerdings zumindest um frischen Wind. Kılıçdaroğlu machte Karriere im Staatsdienst, strahlt Bescheidenheit, Vertrauenswürdigkeit und Volksnähe aus – das Gegenteil von Baykal. Türkische Medien haben Kılıçdaroğlu schon zum »türkischen Gandhi« ernannt. Ob er es schaffen wird, die CHP wirklich zu reformieren und zum runderneuerten Hoffnungsträger für säkulare städtisches Schichten zu machen, wird sich zeigen. Zumindest sind bereits einige von Baykal enttäuschte und vertriebene Politiker in die Partei zurückgekehrt.

Nicht selten wird in der Türkei darüber spekuliert, was Atatürk wohl mit dieser, »seiner«, CHP angefangen hätte? Hätte er den Genossen Feuer gemacht, sich doch endlich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zur Europäischen Union und ihren Werten zu bekennen? Dann nämlich müsste sich die CHP von ihrer Zypern-Politik verabschieden und endlich für eine Wiedervereinigung der seit 1974 geteilten Insel eintreten. Sie müsste dann auch davon Abschied nehmen, die türkische Armee immer noch als politischen Mitspieler zu sehen. Erst wenn die CHP diese Wende vollzieht – wofür Zypern als deutlichstes Signal stehen könnte –, dann dürfte sie ein echter Partner für europäische Sozialdemokraten werden.

Das Reformtempo der AKP-Regierungen hat nach dem Anfangsschwung merklich nachgelassen. Enttäuscht von Widerständen in Europa schalteten Erdoğan und seine Minister auf Reform-Kriegsgang. Darauf reagierte wiederum die EU mit neuer Kritik an Ankaras Langsamkeit. Dazu kam der schon erwähnte Zank um Zypern, ein Konflikt, der das Potenzial hat, die EU-Ambitionen der Türkei auf weitere Jahrzehnte auf Eis zu legen. Parallel entwickelte

Ankara vor allem unter seinem Außenminister Ahmet Davutoğlu eine eigene ambitionierte Außenpolitik. Die von Davutoğlu proklamierte Politik der »Null Probleme mit den Nachbarn« erweist sich allerdings spätestens seit Beginn des Arabischen Frühlings als ein zu ambitioniertes Konzept.

Während diese Zeilen geschrieben werden, versinkt Syrien im blutigen Bürgerkrieg. Mit dem Diktator in Damaskus hatte sich die Türkei erst vor einiger Zeit nach langem Spannungszustand versöhnt. Nun muss sie Tausende syrische Flüchtlinge, die über ihre Grenzen strömen, beherbergen. Die gerade noch rechtzeitige Abwendung von den (inzwischen gestürzten) Gewaltherrschern in der Nachbarschaft hat Erdoğan zum Helden der arabischen Straße werden lassen. Aber das säkulare türkische Republik-Modell ist deshalb noch lange nicht Vorbild für Ägypten, Libyen oder Tunesien. Allenfalls die Rolle der AKP findet Bewunderer, weil es der Partei offensichtlich gelingt, wirtschaftlichen Erfolg, religiöse Grundierung und demokratische Orientierung zu verbinden. Und zudem noch EU-Kandidat zu sein. Weil auch Letzteres ein Faktor der Attraktivität ist – auch beim türkischen Wahlvolk, trotz aller Verwerfungen mit der EU –, werden die AKP und die Türkei dieses politische Ziel wohl in absehbarer Zeit kaum aufgeben.

Auch die EU sollte dies nicht tun. Denn in der Türkei setzen immer noch viele, darunter zahlreiche zivilgesellschaftliche Kräfte, auf die EU. Wer sonst sollte die Verletzungen von demokratischen Standards in der Türkei, zum Beispiel auch der Pressefreiheit, mit einigermaßen Autorität kritisieren, wenn nicht die EU-Kommission oder das EU-Parlament? Für fortschrittliche türkische Intellektuelle, für zahlreiche Journalisten, für Frauengruppen und Umwelt-NGOs bleibt die EU-Annäherung eine Freiheitshoffnung, die Europa nicht zerstören sollte.

Bonn, im Januar 2012

Christiane Schlötzer

Hans Schumacher

Wechselhafter Halbmond Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei

Notwendige Vorbemerkung

»Leicht ist es nicht, das Thema Türkei. Wer sich anschickt, ein Buch über die heutige türkische Gesellschaft zu schreiben, legt die Latte hoch an, für sich als Autor, aber auch für seine Leserinnen und Leser. Denn komplex ist das Thema, dieser Staat zwischen Ost und West, Morgen- und Abendland, Reform und Rückfall. Wenig ist zudem vorauszusetzen, trotz vielfältiger Verbindungen zwischen Deutschland und der Türkei.«¹

»Man glaube mir, ich habe über das, was nicht dasteht, mehr nachgedacht als über das, was dasteht. Das Wichtigste beim Zusammenstellen ist das Weglassen.«²

Das Weglassen war bei dieser Arbeit eine sehr bedauerliche Notwendigkeit, obwohl nicht der Ehrgeiz bestand, ein Buch über die Türkei zu schreiben. Dennoch standen allzu wenig Seiten zur Verfügung, um das zu tun, was an sich notwendig gewesen wäre, nämlich eine äußerst komplexe Gesellschaft sorgfältig und im Detail zu beschreiben, deren vielfältige Heterogenität, deren Dialektiken und Antagonismen häufig eine Geschichte haben, ohne die sie nicht begriffen werden können. Schließlich ist dies der gesellschaftspolitische Rahmen, in dem sich die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu bewegen hat. Zusätzlich wird das Vorhaben, die türkische Gesellschaft und ihre Politik verständlich zu beschreiben, dadurch erschwert, dass diese im Allgemeinen nicht schriftlich niedergelegten Programmen folgt, sondern von Personen bestimmt wird, die nicht immer einfach zu deuten sind. Emotionen, Neigungen und Abneigungen

1 *Philipp Gessler* in einer Rezension des Buches von *Rainer Hermann* »Wohin geht die türkische Gesellschaft?« am 6.10.2008 im Deutschlandradio.

2 *Horst Fuhrmann*, »Die Päpste«, 3. Auflage, München 2005, Vorbemerkung.

spielen in der Türkei eine noch größere Rolle als in Westeuropa. Wer jemals in der Türkei gelebt und sich dabei für die politischen Entwicklungen interessiert hat, wird der Behauptung zustimmen, dass viele Dinge nur sehr schwer und manche gar nicht zu verstehen sind. Als Trost bleibt nur die Beobachtung, dass es den türkischen Freunden häufig nicht viel besser geht.

Es mussten Themen vernachlässigt werden. Dazu gehören die Kultur- und Bildungspolitik, aber auch das für die türkischen EU-Beziehungen so wichtige Thema »Zypern« konnte nur cursorisch behandelt werden. Viel zu knapp musste das vielschichtige Kurdenproblem beschrieben werden, ebenso wie die wichtige und zeitweise entscheidende Rolle des Militärs in der türkischen Politik. Gleiches gilt für die Außenpolitik – mit Ausnahme der EU-Politik – und die Regionalpolitik, obwohl gerade hier sehr viele Veränderungen in den letzten 30 Jahren eingetreten sind. Ebenfalls zu kurz kommen die Medien.

Dagegen wurden ausführlich die Politikfelder behandelt, die mit der Arbeit der Stiftung in der Türkei eng verbunden sind, wie »Gewerkschaften« oder »Politik für Frauen« und die Entwicklung der »Sozialdemokratischen Parteien«. Dies geschieht um der leichteren Verständlichkeit willen teilweise in Form von Exkursen, denn die türkische Gesellschaft und die türkische Politik sind von der deutschen Gesellschaft und der Art, wie in Deutschland Politik gemacht wird, so verschieden, dass mindestens manche Themen im Zusammenhang behandelt werden müssen und sich die chronologische Erzählweise verbietet.

Die Geschichte des Projektes selbst und seiner Anpassung an die sich ändernden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird, so weit möglich, chronologisch nacherzählt, aber auch hier gibt es Ausnahmen. Eine davon ist der Exkurs zur »Verfolgung« der politischen Stiftungen in den Jahren ab 2001.

Es wurde versucht, bei der Schilderung der Arbeit des Türkei-Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung einen möglichst engen Bezug zur gesellschaftspolitischen Umgebung herzustellen, um einige der oben genannten Schwierigkeiten auszugleichen. Fazit: Die folgenden Seiten sind darauf angewiesen, dass ihre Leserinnen und Leser auch Andeutungen gutwillig verstehen und bei Bedarf sich weitere Informationen aus anderen Quellen besorgen. Bei Zitaten wird die heutige Schreibweise angewandt, orthografische Fehler wurden korrigiert – soweit sie bemerkt wurden.

Die FES kooperiert mit türkischen Partnern aus dem Bereich der NGOs, aber auch aus dem Wissenschaftsbereich. Staatliche Institutionen sind hin und wieder ebenfalls Partner der Stiftung. Seminare, Workshops, Publikationen und Konferenzen werden von der Stiftung organisiert und (mit)finanziert.

Abstrakt und verkürzt könnte man sagen, die FES bemüht sich in der Türkei, ihren Partnern nach deren Bedürfnissen dabei zu helfen, ihre Reformvorhaben zu verwirklichen und Beiträge für eine gerechte, politisch stabile und demokratische Gesellschaft zu leisten.

Politische Stiftungen zielen nicht auf die ganze Gastgesellschaft, sondern nur auf den ihr möglichst politisch nahestehenden Teil. Sie sind keine Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland, sondern sie agieren unterhalb der staatlichen Ebene im gesellschaftspolitischen Bereich. Im günstigsten Fall bedeutet dies, dass ein Grundvertrauen bei den Partnern von vornherein besteht, das aber natürlich durch die praktische Arbeit gerechtfertigt werden muss.

Die Ausrichtung auf eine ganz spezifische gesellschaftspolitische Richtung innerhalb der Gastgesellschaft hat im Allgemeinen den erwünschten Nebeneffekt, dass es keine oder doch nur wenige Überschneidungen mit den Arbeitsfeldern der anderen politischen Stiftungen gibt.

1 Schwieriger Beginn – die Jahre zwischen 1977 und 1983

In den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts besuchten mehrere Delegationen der türkischen Republikanischen Volkspartei (RVP)³ die Bundesrepublik Deutschland und nahmen an politischen Informationsprogrammen teil, die in Teilen von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wurden. Wichtigstes Motiv bei diesen Reisen war, von der zu diesem Zeitpunkt so erfolgreichen Schwesterpartei⁴, der SPD, und nahestehenden Organisationen Anregungen für eigene Modernisierungen, politische Programme und Wahlkampftechniken zu erhalten.

Am 21. August 1977 schreibt (in englischer Sprache) der damalige Vorsitzende der CHP und frühere Ministerpräsident Bülent Ecevit an den Vorsitzenden der SPD und Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI), Willy

3 Auf Türkisch heißt die Republikanische Volkspartei Cumhuriyet Halk Partisi (CHP); diese Abkürzung wird weiterhin verwandt, soweit nicht zitiert wird. Einen sehr guten Überblick über die Geschichte, die Struktur und die Politik der CHP ist in der vom FES-Büro Istanbul im Juni 2011 herausgegebenen Broschüre »CHP: A Party on the Road to Social Democracy« zu finden. Autor ist Aydın Cıngı, ein früherer Präsident des FES-Partners SODEV, der Sozialdemokratischen Stiftung in der Türkei.

4 Zu diesem Datum war die CHP noch nicht Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI), überlegte aber, Mitglied zu werden, mindestens einen Beobachterstatus zu erreichen.

Brandt, einen ausführlichen Brief, in dem er für den »Dear friend Willy Brandt« das Ergebnis der gerade erfolgten Wahlen zum türkischen Parlament ausführlich analysiert.⁵ Er glaube, dass

»obwohl das Land und das Regime noch schwierige Zeiten zu durchleben haben werden, es Raum für Hoffnung gibt [...], weil die Kräfte der Veränderung kontinuierlich zunehmen. Die substanziiell gewachsene Stärke der CHP im Parlament und in der Gesellschaft ebenso wie die drückenden Notwendigkeiten einer sich schnell verändernden Gesellschaft könnten in nicht ferner Zukunft neue und gesunde Möglichkeiten eröffnen – wahrscheinlich noch vor neuen Wahlen.«

Ecevit sollte recht behalten, noch im selben Jahr bildet die CHP wiederum die Regierung mit ihm als dem Ministerpräsidenten.

In seinem Brief an Willy Brandt fährt er fort: »Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, lieber Freund«, [mich zu bedanken] »für all die Hilfe, die Sie und Ihre Kollegen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in der Friedrich-Ebert-Stiftung meinen Freunden von der CHP haben zukommen lassen, die ihr Land besucht haben.« Der Internationale Sekretär der CHP, Herr Koloğlu, habe einen Brief von Herrn Dingels⁶ erhalten mit dem Wunsch, besser informiert zu werden über die politischen Entwicklungen in der Türkei. Sie, die CHP, würde sich freuen, Gäste aus dem Bereich der SPD bei sich zu sehen, »mit denen wir die Entwicklungen« [in der Türkei] »und die internationalen Probleme⁷ ausführlich diskutieren könnten«.

Dieser Brief ist für den SPD-Vorsitzenden der Anlass, mit dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Günter Grunwald,

5 Die CHP hatte mit 450 Abgeordneten im neuen Parlament die absolute Mehrheit um 13 Sitze verfehlt, und Ecevit scheiterte daran, so beschreibt er es, eine Minderheitsregierung zu bilden oder eine politisch vertretbare Koalition einzugehen.

6 Hans-Eberhard Dingels, Internationaler Sekretär der SPD.

7 Es ist wahrscheinlich keine Überinterpretation, wenn man annimmt, dass mit den »internationalen Problemen« vor allem das Zypern-Problem gemeint war und sich Ecevit von Willy Brandt und der SPD, und damit wohl auch von der deutschen Regierung, eine »konstruktive Einmischung« erhoffte. Die türkische Armee war nach gewalttätigen und sehr blutigen Ausschreitungen insbesondere gegen die türkisch-zypriotische Bevölkerung durch die griechisch-zypriotischen Enosis-Bewegung, die eine Vereinigung mit Griechenland anstrebte, im Juli 1974 unter dem Ministerpräsidenten Ecevit in Zypern einmarschiert. Sie hatte fast 40 Prozent im Norden der Insel abgetrennt. Ankara hatte wenig später die Türkische Republik Nordzypern ausgerufen, die bis heute nur von der Türkei als Staat anerkannt wird.

ein Gespräch zu führen, mit dem Ergebnis, dieser solle »sich um die Sache kümmern, wenn auch ohne falsche Hast«. ⁸ Das Hauptmotiv für die Stiftung wie auch für die SPD, sich um von vornherein als »nicht ganz einfach« eingestufte Kontakte zu bemühen, sei gewesen, die CHP bei ihren Reformbemühungen in Richtung von mehr Demokratie innerparteilich wie auch in die türkische Gesellschaft hinein zu unterstützen. Nicht zuletzt wegen der zahlreichen Menschen türkischer Abstammung in Deutschland sei ein solcher Prozess auch im wohlverstandenen Eigeninteresse Deutschlands gewesen. ⁹

Sicherheitspolitische Überlegungen in diesem Zusammenhang gab es nach Günter Grunwald zu diesem Zeitpunkt weder aufseiten der SPD noch aufseiten der FES. Allerdings taucht bei FES-internen Diskussionen zum Thema der Gedanke auf, dass eine gute Verbindung zur türkischen Seite dazu genutzt werden könne, auch mit Nachbargesellschaften Kontakte herzustellen. ¹⁰ Klar sei allen deutschen Beteiligten gewesen, dass – weil nach türkischem Recht verboten ¹¹ – es keine direkte Hilfe für die CHP geben könne. Es sei selbstverständlich gewesen, strikt die entsprechenden türkischen Vorschriften zu beachten. Bereits zu diesem Zeitpunkt, so Günter Grunwald, habe man sich recht intensiv vonseiten der Stiftung um die türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik bemüht. So habe man für die Sprecher von türkischen Organisationen besondere Seminare zum Beispiel in der FES-Heimvolkshochschule Bergneustadt organisiert. Die SPD-Ortsvereine seien gebeten worden, ihre Mitglieder türkischer Herkunft auf entsprechende Veranstaltungen der Stiftung hinzuweisen.

Was die direkten Aktivitäten in Richtung der Türkei selbst angehe, so habe die FES-Geschäftsführung nach Diskussion mit der Internationalen Abteilung und dem Forschungsinstitut der Stiftung beschlossen, einige Seminare in der Türkei zu organisieren und danach aufgrund der gemachten Erfahrungen zu entscheiden, was getan werden könne und getan werden solle. Der Dialog und der Austausch von Delegationen mit der CHP solle intensiviert werden.

8 Interview mit Günter Grunwald am 9. Dezember 2010.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Siehe Kapitel 3.5 Repolitisierung, Fußnote 77.